

# Zwei Kantone spannen zusammen

Die Kantone Bern und Zürich arbeiten gezielt zusammen. Sie haben sechs sogenannte «Leuchtturmprojekte» definiert. Sie wollen mit ihrem Zusammenschluss interkantonal und gegenüber dem Bund an Gewicht gewinnen.

**BERN/ZÜRICH** – Zusammenarbeit statt Rivalität zwischen den beiden Grosskantonen Zürich und Bern: Die beiden Stände planen in ganz unterschiedlichen Bereichen gemeinsame Projekte. Es geht um Föderalismusdiskussion, Spitalplanung, Veterinärmedizin, regionale Verkehrsleitung, Materialbeschaffung für die Zivilschutzorganisationen und Gleichstellung. Ausgewählt haben diese «Leuchtturmprojekte» die beiden

Staatskanzleien, wie es in einer Mitteilung von gestern heisst. Sie stellten zudem eine Liste von Alltagsgeschäften zusammen, welche die beiden Kantone gemeinsam angehen wollen.

Die Föderalismusdiskussion soll eine Erneuerung des föderalistischen Systems der Schweiz aus Sicht der grossen Kantone lancieren. Ein weiterer Aspekt ist die Rolle und Bedeutung funktionaler Grossräume. Eine interkantonale Arbeitsgruppe soll

eine zukunftsgerichtete, leistungsfähige Spitalplanung erarbeiten. Gemeinsames Vorgehen würde laut Mitteilung die Glaubwürdigkeit verbessern und eine kostengünstigere Umsetzung von Projekten erlauben. Gerade diese Zusammenarbeit ist erstaunlich, haben sich Zürich und Bern gerade im Bereich der Spitzenmedizin bisher doch stark konkurrenziert. Die mit der Vetsuisse-Fakultät der Universitäten Bern und Zürich schon heute bestehende Zusammenarbeit bei der Tiermedizin wird zudem weitergeführt.

Weiter wollen sich die beiden Kantone beim Bund für die Schaffung von regionalen Leitzentralen für den Strassenverkehr auf den Nationalstrassen

einsetzen. Sie lancieren zudem eine gemeinsame Plattform für die Beschaffung von Zivilschutzmaterial. In den Zusammenarbeitsprojekten achten sie bewusst auf Gleichstellung und entwickeln entsprechende Ansätze.

Der Entscheid für eine engere Zusammenarbeit der beiden grössten Schweizer Kantone fiel im vergangenen Sommer. Wie Thomas Moser, Beauftragter für Aussenbeziehungen des Kantons Bern, sagte, haben sich die beiden Regierungen am 10. Februar im Grundsatz für die Lancierung der Leuchtturmprojekte ausgesprochen. Im Herbst werde entschieden, wie es mit den einzelnen Vorhaben konkret weitergehen soll. (sda)

## Preisschilder verraten Dieb

**ZÜRICH** – Grenzwächtern fiel am Mittwochnachmittag im Intercityzug Bern–Zürich ein 26-jähriger Mann auf. Der Mongole hatte an seinen nigelnagelneuen Kleidern noch die Preisschildchen hängen. In seiner Tasche entdeckten die Grenzwächter ein Gerät, mit dem sich Diebstahlsicherungen in Geschäften entschärfen lassen. Zudem hatte er ein Mountainbike dabei, dessen Besitzer sich nicht ausmachen liess. Der Mann wurde der Zürcher Kantonspolizei übergeben. (sda)

## Kanton hat mehr Männer befördert

**ZÜRICH** – Der Kanton Zürich hat 2009 prozentual deutlich mehr Männer als Frauen befördert – im Vorjahr war es umgekehrt. Bei den Stufenanstiegen kamen hingegen in beiden Jahren deutlich mehr Frauen als Männer zum Zug. Rund 24 Prozent der Frauen und 21 Prozent der Männer haben 2008 aufgrund ihrer Leistungen und über Beförderungen mehr Lohn erhalten. Dies geht aus der gestern vom Regierungsrat publizierten Auswertung der Lohnerhöhungen bei den kantonalen Angestellten in den Jahren 2008 und 2009 hervor.

Für Beförderungen hatte der Regierungsrat vor zwei Jahren 0,4 Prozent der Lohnsumme zur Verfügung gestellt. Davon profitierten vor allem Angestellte mit höheren Löhnen. Deren Zahl war doppelt so hoch wie jene mit tieferen Einkommen.

Dieser Befund werde jedoch relativiert durch die Lohnerhöhungen aufgrund des Stufenanstiegs. Von diesem inzwischen abgeschafften Mechanismus profitierten 47 Prozent aller Angestellten mit tieferen Löhnen, hingegen nur 37 Prozent mit mittleren und 32 Prozent mit höheren Löhnen. Für 2009 hatte der Regierungsrat für Stufenanstiege und Beförderungen die Lohnsumme um 1,9 Prozent erhöht. Dieser Rahmen wurde mit 1,74 Prozent nicht ganz ausgeschöpft. (sda)



Das Grossmünster und der Zytloggeturm sind geografisch noch gleich weit voneinander entfernt; organisatorisch rücken Zürich und Bern jedoch näher zusammen. Bilder: mad/key

## Raubzug mit Rammbock

Das Bezirksgericht Zürich hat einen Angehörigen der berüchtigten Rammbockdiebe zu zwei Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

**ZÜRICH** – Mit einem 34-jährigen Autohändler aus Montenegro stand gestern einer der berüchtigten Rammbockdiebe vor Gericht. Der Mann gestand beide Vorwürfe ein. Der erste Fall ging auf den 23. Mai 2002 zurück. Damals rammten der Angeklagte und seine Komplizen in den späten Abendstunden an der Zürcher Bahnhofstrasse mit einem entwendeten Personenwagen rückwärtsfahrend das Schaufenster des Juweliengeschäfts Beyer. Inert weniger Minuten räumten die Täter diverse Herrenuhren und Preziosen für über 770 000 Franken ab.

Noch dreister ging der Angeklagte am 25. Januar 2003 vor. Er begab sich damals am helllichten Samstagvormittag mit einem Vorschlaghammer auf die Bahnhofstrasse, wo er vor zahlreichen verblüfften Passanten auf die Schaufensterscheibe des Schmuckgeschäfts Bulgari einschlug. Doch diesmal hielt das Glas stand. Der Dieb und zwei Begleiter suchten danach mit einem bereitgestellten Fluchtfahrzeug das Weite. Vor Gericht kam heraus, dass der Angeschuldigte nach den Zürcher Delikten erst im September

2005 in Frankreich gestoppt werden konnte. Er wurde von einem französischen Gericht wegen Diebstahls und weiterer Delikte zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren verurteilt. Im Februar 2009 wurde er nach Belgien ausgeliefert, wo er ebenfalls eine Freiheitsstrafe verbüssen musste. Im letzten September wurde er in die Schweiz überführt.

### Umstrittenes Strafmass

Gestern war nur noch das Strafmass umstritten. Während die Staatsanwaltschaft eine unbedingte Freiheitsstrafe von 30 Monaten forderte, setzte sich der Verteidiger für eine teilbedingte Sanktion von 24 Monaten ein.

Das Gericht setzte eine unbedingte Freiheitsstrafe von zwei Jahren fest. Der Vorsitzende Philippe Ernst erklärte dazu, dass der Angeklagte mit den Taten in Frankreich und der Schweiz zusammen eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren verdient hätte. Davon habe er aber bereits über fünf Jahre verbüsst. Der Montenegriener wird voraussichtlich in sechs Monaten wieder freikommen.

Der Täter wurde zudem verpflichtet, der Versicherung des geplünderten Schmuckgeschäfts einen Schadenersatz von über 311 000 Franken zu entrichten. Die Hälfte der Beute haben die Fahnder in Süditalien sicher gestellt. (ATTILA SZENOGRADY)

## «Deutsche sollen mitbestimmen können»

Die deutsche «Partei» drängt in die Schweiz. Satiriker und Parteichef Martin Sonneborn fordert zwei Bundesräte für die deutsche Minderheit.

*Nächste Woche gründen Sie in der Schweiz eine Niederlassung Ihrer Partei. Weshalb?*

**Martin Sonneborn:** Ganz einfach: Weil ich um die Sicherheit der Volksdeutschen in der Schweiz fürchte. Vor einem Vierteljahr haben Ihre Landsleute einen deutschen Rentner getötet. Ausserdem habe ich mich mit Deutschen, die in Zürich leben, unterhalten und festgestellt, dass es hier eine wachsende Antipathie gegen sie gibt.

*Was wollen Sie konkret dagegen tun?*

Erst mal eine politische Kraft aufbauen, die Einfluss nimmt. Ich glaube, dass viele Deutsche zum Wohlstand dieses verkommenen Schweizer Systems bei-

tragen. Sie sollen die Geschicke des Landes mitbestimmen können. Deshalb fordern wir zwei Bundesräte.

*Wen möchten Sie denn ersetzen im Bundesrat?*  
Die zwei dümmsten Bundesräte.

*Welche sind das?*  
Das muss ich noch herausfinden. Wir haben zum Glück Schweizer Kollaborateure.

*Sie sind von Beruf Satiriker. Wie ernst ist es Ihnen mit der Politik?*

Sehr ernst. Ich bin ja nicht nur «Titanic»-Mitherausgeber, sondern auch Bundesvorsitzender einer Partei, die in Deutschland zu Wahlen antritt. Wir sind 2009 von einem durchgeknallten Bundeswahlleiter, einem konservativen Mann aus dem Innenministerium, nicht zur Bundestagswahl zugelassen worden. Sämtliche Verfassungsrechtler haben uns signalisiert, dass wir vollkommen im Recht sind. Hier liegt ein juristischer Fehler im deutschen Wahlrecht vor. Diesen Streit tragen wir jetzt vor Bundesverfassungsgericht aus. Notfalls lassen wir die Bundestagswahl wiederholen. Eine Partei, die vor so etwas nicht scheut, muss auch in der Schweiz ernst genommen werden.

*Könnte Ihre Aktion den Deutschen in der Schweiz nicht sogar schaden?*

Nein, ich glaube nicht. Man muss jetzt ein politisches Gegengewicht bilden und diese negativen Gefühle gegen Deutsche in die Öffentlichkeit tragen. Man darf nicht vergessen, dass die Schweiz ein veraltetes System ist. Die umliegenden europäischen Länder haben in besseren Zeiten hingegenommen, dass hier mit Drogen-, Waffen- und Schwarzgeldern unglaubliche Gewinne

gemacht werden. Ich glaube, die Stimmung ist jetzt umgeschlagen. Wir werden uns auch um den Kontakt zu Gadafi bemühen. Die Idee, die Schweiz zu teilen, ist auch eine alte Parteiidee von uns. Wir vertreten in Deutschland ja den Wiederaufbau der Mauer. Eine Mauer wäre auch ein Modell für die Schweiz, um die verschiedenen Volksgruppen auseinanderzudividieren.

*In Deutschland kürten Sie unter dem Motto «Kanzlerin ja, aber schöner» eine attraktive Kandidatin für das Kanzlerinnenamt. Verfügen Sie schon über valable Bundesratskandidaten?*  
Nein, aber die lassen sich immer schnell finden. Eine dubiose Partei, die mit populistischen Argumenten wirbt, wird schnell zum Sammelbecken von Leuten, die nach oben drängen.

(INTERVIEW: SABINE ARNOLD)

Gründungsveranstaltung der «Partei»-Sektion Zürich, Donnerstag, 25. Februar, 21 Uhr, nach dem Film «Die Partei», Rote Fabrik in Zürich.

### ZUR PERSON

**Martin Sonneborn**  
Satiriker, Vorsitzender «Die Partei»

Martin Sonneborn (44) leitet bei «Spiegel-Online» das Satireressort SPAM und ist Mitherausgeber des Satiremagazins «Titanic». Er hat 2004 «Die Partei» gegründet. In Deutschland hat sie inzwischen um die 8000 Mitglieder. Ihre Schwerpunkte liegen in den Themen Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und Basisdemokratische Initiative. Zudem fordern ihre Vertreter den Wiederaufbau der Mauer. Sonneborn lebt in Westberlin, ist verheiratet und Vater zweier Kinder. (sa)

## Zürcher Wasser wird billiger

**ZÜRICH** – Der Preis für «Züriwasser» sinkt auf Mitte Jahr. Dies ist eine Folge der ausgezeichneten Rechnungsabläufe aller Bereiche der Industriellen Betriebe der Stadt Zürich im vergangenen Jahr. Die Wasserversorgung er-

wirtschaftete einen Überschuss von 11,2 Millionen, wie Departementsvorsteher Andres Türler gestern mitteilte. 81,6 Millionen, so viel wie nie zuvor, lieferte das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) in die Stadtkasse ab. (sda)



«Eine Mauer wäre ein ideales Modell, um auch in der Schweiz die Volksgruppen zu trennen»

Martin Sonneborn, Satiriker